

glaubt, daß schon mit ihren letzten Maßnahmen vom Oktober dieses Jahres die Deflation überwunden werden könnte. In der Zwischenzeit seien allerdings wichtige Ereignisse eingetreten, die alle Voraussetzungen über den Hausen geworfen hätten; das sei namentlich durch das Sinken des englischen Pfundes geschehen. Mit dem englischen Pfund sei ein großer Teil der Währung in der Welt ebenfalls gefallen, und diese Vorgänge seien von entscheidender Bedeutung für Deutschland gewesen. Infolgedessen habe sich die deutsche Reichsregierung unter allen Umständen entschließen müssen, in der

Senkung der Besetzungskosten
Deutschlands und in der Frage der Senkung in der Besetzung der Staats von Reich, Ländern und Gemeinden einzugreifen, da es sich gezeigt habe, daß es unmöglich wäre, diese Staats in ihrer bisherigen Größe weiter aufrechtzuerhalten. Hierbei habe sich insbesondere die Schwierigkeit ergeben, daß die Zahl der Unterführten immer größer gewesen sei, und daß die Regierung damit rechnen mußte, in diesem Winter eine Arbeitslosigkeit zu bewältigen zu müssen, wie sie bisher in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht dagewesen

sei. Die Regierung sei in dieser Frage aufs äußerste gerückt. Gestreutweise konnte mitgeteilt werden, daß die Zahl der Arbeitslosen, soweit es sich um die Krisenunterstützung handelt, erheblich unter den Zahlen geblieben sei, mit der die Reichsregierung gerechnet habe.

Der Kanzler beschäftigte sich sodann mit den einzelnen Punkten der Rotverordnung. Auf der einen Seite sei es notwendig gewesen, Preise, Löhne und Gehälter zu senken, auf der anderen, die Steuerlasten von neuem anzuziehen. Schon vor längerer Zeit habe die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß

die Erhöhung der Umsatzsteuer ihre letzte Reserve bilden sollte. Jetzt muß die Reserve eingesetzt werden, da besonders die Länder und Gemeinden über große Defizite zu klagen hätten und 30 Prozent von der erhöhten Umsatzsteuer diesen Ländern und Gemeinden zuließen.

Was die Preisentlastung betrifft, so werden vor allen Dingen die Preise der gebundenen Artikel davon getroffen werden.

Wenn diese Kürzung nicht erfolgen sollte, so werden alle Vereinbarungen über die gebundenen Preise für nicht erklärt werden. Zu den Dingen, die von dieser sofortigen Preisentlastung getroffen werden, gehören Kaffee, Stroh und Kohle. Es sind weitere Sicherungsmaßnahmen getroffen, daß sich diese Preisentlastungen auch bei dem Steinhandel auswirken werden. Bei den nicht gebundenen Preisen soll der soeben ernannte Reichskommissar zur Preisentlastung, Oberbürgermeister Görbeler, Leipzig, die notwendige Preisentlastung überwachen. Geschäfte, die keine Verringerung der Preisspanne infolge dieser Preisentlastung vornehmen, sollen sogar geschlossen werden können. Die Reichsregierung glaubt, mit dieser Drohung ein Mittel in der Hand zu haben, um den notwendigen Druck auszuüben.

Ziemliches Aufsehen erregte die Mitteilung des Vizekanzlers, daß auch die festverzinslichen Papiere in ihren Zinssätzen gesenkt werden sollen. Die Zinsen sollen nicht nur für Hypotheken, sondern auch für Pfandbriefe herabgesetzt werden.

Die Reichsregierung glaubt, daß, wenn die Zinsen für diese festverzinslichen Papiere auf ihrer jetzigen Höhe bleiben, diese Papiere in Gefahr geraten würden, weil diese hohen Zinsen nicht mehr aufzubringen seien. Auch auf dem Geldmarkt soll künftig nicht mehr vollkommene Freiheit bestehen. Der schon jetzt amtierende Kommissar für das Bankgewerbe wird in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Kreditinstitute treten, um die Höhe der Zinsen festzusetzen.

Sehr erfreulich wird es von der Öffentlichkeit vernommen werden, daß die Steuererzugszuschläge mit Wirkung vom 1. Januar ab aufgehoben werden sollen. Von diesem Zeitpunkt ab sollen die Verzugszinsen auch nur 1 Prozent monatlich betragen, und die Stundungszinsen zwischen 5 und 8 Prozent festgesetzt werden.

Die Hauszinssteuer
soll allmählich verschwinden und vom 1. April 1940 ab vollkommen abgeschafft werden. Ab 1. April 1932 wird die Hauszinssteuer auf 80 Prozent gesenkt, dann weiter auf 75, dann auf 50, später auf 40, um dann schließlich ganz aufgehoben zu werden. Die Hauszinssteuer kann aber im Laufe der beiden nächsten Jahre abgelöst werden. Die Ablösung ist auch schon bis zum 1. April n. J. möglich.

Die Mietensenkung
ergibt sich erst aus der Senkung der Hypothekenzinsen. Bei den Mietwohnungen werden die Mieten sofort um zehn Prozent gesenkt. Bei Neubaus ergibt sich die Senkung entsprechend der Ersparnis an Hypothekenzinsen. Eine allgemeine Regelung ist bei Neubaus nicht möglich, weil die Hypothekenzinsen je nach dem Baujahr sehr verschieden sind. Wo noch eine Zwangswirtschaft besteht, ist die Senkung der Mieten ohne weiteres sofort möglich. Wo eine Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, gibt die Rotverordnung die Möglichkeit, allen bis zum 1. April zu kündigen. — Es folgen dann die Vorschriften für die Landwirtschaft

und für den Hausbesitz bei Zwangsversteigerung. Wenn bei Zwangsversteigerungen das Höchstangebot so gering ist, daß es in keinem Verhältnis zu der des Grundstücks steht, so kann der Zuschlag unter Umständen erweitert werden. Außerdem kann der Inhaber von landwirtschaftlichen Grundstücken verlangen, daß zunächst eine Zwangsverwaltung dieser Grundstücke stattfindet, damit ihm Gelegenheit gegeben wird, seine schwierige Lage zu überwinden.

Der Vizekanzler betonte hierbei, daß die Maßnahmen, die für die Landwirtschaften des Ostens getroffen worden seien, auf keinen Fall auch auf den Westen übertragen werden dürfen. Das habe das gesamte Reichskabinett abgelehnt.

Um den Verkehr mit Kleingeld zu erleichtern, plant die Reichsregierung

die Prägung eines Vierpfennigstückes. Außerdem soll auch die Mineralwassersteuer aufgehoben werden.

Bezüglich der Sozialversicherungen sieht die Rotverordnung vor allem einen Abbau der kleinen Renten der Unfallversicherungs vor.

Dann kam der Vizekanzler auf die wichtigen Bestimmungen über die Löhne und Gehälter zu sprechen.

Alle Tarife werden mit dem 30. April 1932 fällig, wenn sie nicht für längere Zeit abgeschlossen sind. Die Rotverordnung zieht einen Vergleich mit den Sätzen vom 10. Januar 1927. Die Tariffälle sollen auf das Niveau vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Jedoch, wenn die Differenz zwischen 27 und heute höher ist als 10 Prozent, dann tritt nur eine Kürzung von 10 Prozent ein. Ist bisher eine Kürzung noch nicht erfolgt, dann soll eine Senkung um 15 Prozent folgen. Auf keinen Fall aber sollen die Sätze unter das Niveau vom Januar 1927 gesenkt werden.

Zu diesen allgemeinen Senkungen treten nun die Senkungen für die Beamten im Reich, in den Ländern und den Gemeinden.

Hier beträgt der Satz für die Beamten 9, für die Arbeiter 10 Prozent. Die Senkung beträgt in Wirklichkeit auch für die Beamten 10 Prozent, weil die Berechnung nach dem augenblicklichen Gehaltsstand erfolgt. Sehr wichtig sind dann auch die Bestimmungen über die Kapitalflucht.

Zunächst betonte der Vizekanzler, daß die Steueramnestie erfolgreich gewesen wäre und daß sehr viel Steuerkapital nachträglich angemeldet worden sei.

Die Amnestie habe wieder geordnete Verhältnisse geschaffen. Diejenigen Vermögensbesitzer, die ihr Geld ins Ausland geschafft haben, aber weiterhin in Deutschland ihre Geschäfte betreiben, sollen künftig durch

eine besondere Reichsfluchtsteuer erfaßt werden. Wenn sie ihren Wohnsitz in Deutschland aufgegeben haben, müssen sie ein Viertel ihres Vermögens abgeben. Entzieht sich ein Kapitalflüchtiger dieser Vermögensabgabe durch die Flucht ins Ausland, dann wird ein Steuerfahndbrief hinter ihm erlassen, und wenn er wieder nach Deutschland zurückkehrt und gefaßt wird, so wird er mit Gefängnis bestraft. Die Bestimmung gilt nur für Vermögen über 200 000 Mark.

Zum Schluß sieht die Rotverordnung auch eine Senkung der Eisenbahnfahrpreise vor im Gesamtbetrag von 300 Millionen.

Das letzte Kapitel der Rotverordnung bezieht sich auf den Schutz des inneren Friedens, wobei insbesondere ein allgemeines Uniformverbot vorgesehen ist.

Der Reichskanzler erklärt.

Der Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen.

Der Reichskanzler führte vor der Presse u. a. aus:

Die Rotverordnung stellt ein fest zusammenhängendes Ganzes dar; es kann kein Teil herausgenommen werden, denn wir müssen den Schlachtfeld ziehen unter eine unauferlegene Deflationspolitik. Wir haben uns in angestrengtester Arbeit seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt. Einen anderen Weg, diesen Schlachtfeld zu ziehen als durch diese Rotverordnung, haben wir nicht gefunden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß es keinen anderen Weg gibt, um die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, um den Warenmarkt aufrechtzuerhalten.

Denn es ist unmöglich, die Anpassung an die Währungsentwicklung weiterzuführen, weil wir dadurch aus dem Zustand dauernder Unruhe nicht herauskommen werden. Notwendig ist, daß wir zu einer gewissen Ruhe kommen. — Durch unsere Maßnahmen sind Etat- und Kassensicherheit unbedingt gesichert. Das ist um so wichtiger, weil wir jetzt

vor schweren außerpolitischen Verhandlungen stehen. Ich glaube in dieser Stunde trotz aller harten Maßnahmen nicht die Verantwortung für die außerpolitischen Verhandlungen auf mich nehmen zu können, bevor nicht Etat und Kassensicherheit für die nächsten Monate unbedingt gewährleistet sind. Diese Sicherheit schafft uns ein ganz anderes Sprungbrett. Es ist jetzt der Augenblick gekommen, wo auch die innenpolitische Beleuchtung unseres Staats dem Auslande nicht die Möglichkeit geben wird, an unseren Ausgaben noch Abstriche zu machen. Namentlich der Reichsrat ist heute auf ein solches Minimum zurückgeführt, daß er einen Vergleich mit den niedrigsten Ausgaben der Vorkriegszeit ausstößt.

Zum Schluß betonte der Kanzler noch einmal, sich bemüht zu sein, daß dieses Programm den Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen darstellt.

Brünning verteidigt seine Politik.

In einer Rundfunkrede beleuchtete Reichskanzler Dr. Brüning noch einmal im einzelnen die Punkte der Rotverordnung und führte dann aus:

„Daß sich jeder einzelne von uns innerlich aufbäumt gegen

das harte Schicksal unserer Zeit, versteht niemand mehr als ich. Wir haben uns, niedergeworfen durch den Weltkrieg aus glänzender Höhe, in inneren Dingen aufgebaut gegen die Erkenntnis, daß die Not eine Wirklichkeit und nicht nur ein böser Traum sei. Wir steigender Not haben sich weite Volkstreffen zu Traumbildern geklärt. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt wie im vergangenen Jahre nur möglich, wenn nicht die Politik der deutschen Politik sich ebenfalls in diesen Kreis der Illusion begibt, sondern sich aus eigener Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Überlegung und klarer Einsicht in die uns nach dem Kriege verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt.

Reizung zu der gefühlsmäßigen Betrachtung der Politik, so sehr sie auch in der Tiefe deutscher Seele wurzelt, darf nicht die Oberhand über ruhige Überlegung gewinnen, sonst werden wir unser Land nie auf den Weg zurückbringen, der ihm gebührt. Wenn die deutsche Politik dem Versuch erliegen würde, die Leidenschaften der Gegenwart durch

Erregung unklarer Gefühle zu heilen, würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Eine Regierung, die ihrer Verantwortlichkeit für Volk und Vaterland bewußt ist, darf solchen Strömungen nicht nachgeben. Sie darf nicht davor zurücktreten, dem drohen-

den Verfall der Volkstugend mit eiserner Energie entgegenzutreten.

Es duldet keine andere Nacht als die verfassungsmäßige.

Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, nötigenfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes, allen diejenigen entgegenzutreten wissen, die sich unterfangen sollten, den verfassungsmäßigen Gewalten in den Rücken zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in direktem Widerspruch dazu, die zu einem offenen Bruderkampf in außerpolitischen Berichten auffordern. Wenn man versichert, daß man auf legalen Wege zur Macht kommen will, selbst unter Durchbrechung der legalen Schranken, so ist das keine Legalität!



Zur Rundfunkrede Dr. Brünings, bei der der Reichskanzler zu den Rotverordnungen Stellung nahm.

und sie ist dies noch weniger, wenn zur gleichen Zeit Raubpläne gefaßt und vorgezogen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste. Ich werde mich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln dagegen wehren, daß deutsche Volk in der gegenwärtigen ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Es ist ein dem deutschen Volke abträglicher Versuch, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten gäbe.

Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Ausland ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.

Ich werde nie mit Versprechungen oder Illusionen über den wirklichen Zustand, in dem sich unsere politische Lage befindet, hinwegzutäuschen versuchen.

Der Mut, eine schlimme Wirklichkeit anzuzeigen und sich danach einzurichten, hat auch in der Vergangenheit die Völker zum Wiederaufstieg gebracht.

Kühle Überlegung, das harte Rechnen mit politischen Möglichkeiten ist nicht ein Mangel an Willensfinden für die Leiden des Volkes, es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf den Regierenden ruht und ihnen verbietet, ihr innerliches Empfinden anders als in der sorgfältigen Führung ihres Amtes zu äußern.“

Dr. Gördele,

Reichskommissar für die Preisüberwachung.

Der Reichspräsident ernannte Oberbürgermeister Dr. Gördele Leipzig und hat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnelleren Durchführung der Preisentlastung das in der neuen Rotverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Gördele hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Sein Amt mit der Parteigliedschaft unvereinbar.

Der der deutschnationalen Volkspartei angehörende Oberbürgermeister Dr. Gördele (Leipzig), der die Verfassung zum Reichskommissar für die Preisüberwachung angenommen hat, veröffentlicht auf Grund einer Unterredung, die er mit dem Führer der Deutschnationalen, Eugen Berta, hatte, folgende Erklärung:

„Meine Ernennung zum Reichskommissar bringt mich in einen Gegensatz zu der politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning. Nach einer Unterredung, die ich mit Herrn Dr. Hugenberg hatte, ziehe ich aus dieser Tatsache, so sehr ich mich nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundfragen der Deutschnationalen Volkspartei verbunden fühle, die Folgerung meines Austrittes aus der Partei.“

Zu dieser Erklärung Gördeles veröffentlicht die deutschnationale Presse eine Mitteilung, in der es heißt: „Der Austritt des Oberbürgermeisters Gördele, der im übrigen bei dieser Gelegenheit gegenüber Dr. Hugenberg und der Partei keine volle Konstatation bewiesen hat, war nach der Übernahme des Kommissariats eine Selbstverständlichkeit.“

Was die Berliner Presse dazu sagt.

Berlin, 9. Dezember. Neben einer Inhaltsangabe der neuen Rotverordnung und den verschiedenen Ministerreden bringen die Berliner Blätter ausführliche Stellungnahmen, in denen die neue Rotverordnung in ihrer Gesamtheit gewürdigt wird. Die „Hermonia“ bezeichnet die Rotverordnung als ein Dokument der Not und hebt hervor, daß an zahlreichen Einzelheiten noch eingehende Kritik zu üben sei, daß man aber dem gesamten Problem nur gerecht werden könne, wenn man die leitenden Gesichtspunkte berücksichtigt, die die Reichsregierung bei der Ab-